

NEWSLETTER JUNI 2010 - NR. 2

EDITORIAL

Sehr geehrte Damen und Herren

Seit Mitte Juni wissen wir es: Die vom UVEK geplante Umweltetikette wird wegen mangelnder Praktikabilität nicht eingeführt. Was aber genau hinter diesem Bundesratsentscheid steckt und wie viel Geld die Planungs- und Entwicklungsarbeiten bisher verschlungen haben, steht nicht im dürren Medientext des UVEK. Wir haben uns darüber mal so unsere Gedanken gemacht ..."

Gute Lektüre!

PS: Wenn Sie jemanden kennen, von dem Sie glauben, dass er/sie unseren Newsletter ebenfalls gerne lesen würde, danken wir Ihnen für Ihre Empfehlung – und für [die Bekanntgabe der E-Mail-Adresse](#).

[Zum Seitenanfang](#)



Max Nötzli
Präsident auto-schweiz

Editorial

Stellungnahme von
auto-schweiz

Herausgeber

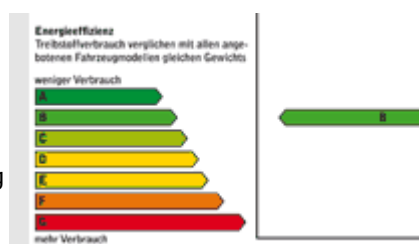
auto-schweiz
Vereinigung Schweizer
Automobil-Importeure
Postfach 5232
Mittelstrasse 32
CH-3001 Bern
T 031 306 65 65
F 031 306 65 60
info@auto-schweiz.ch

Rückfragen und
Auskünfte:
Andreas Burgener,
Direktor
Eduard Daetwyler,
Public Relations
Ruedi Blessing,
Technik
www.auto-schweiz.ch



STELLUNGNAHME VON AUTO-SCHWEIZ

Die Post aus dem Umweltdepartement (UVEK) klingt unverfänglich, aber bei näherer Betrachtung zeigt sie einmal mehr, wie fahrlässig Steuergelder zum Fenster



hinausgeschmissen werden. Der am 18. Juni an die Medien geschickte Text unter dem Titel „Bundesrat will Energieetikette für Personenwagen beibehalten und verbessern“ lautet folgendermassen: *„Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 18. Juni 2010 entschieden, dass die für Personenwagen etablierte Energieetikette beibehalten, aber verbessert wird. Künftig sollen der CO₂-Ausstoss und der Energieverbrauch klarer dargestellt werden. Zudem sollen künftig Elektroautos und mit Biotreibstoffen betriebene Personenwagen ebenfalls beurteilt werden können. Die Umweltetikette, die neben der Energieeffizienz auch über die gesamte Umweltbelastung eines Fahrzeugs informiert hätte, wird nicht eingeführt. Bundesamt für Umwelt.“*

So kurz der Text ist, so lang ist seine Vorgeschichte. Schon vor mehreren Jahren spukte in den Köpfen einiger Mitarbeiter des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) die Idee herum, die seit dem Jahre 2003 obligatorische Energieetikette für Neuwagen durch eine sogenannte Umweltetikette abzulösen. Auf dieser hätten zusätzliche ökorelevante Informationen vermerkt werden sollen. Die eifrigen Staatsdiener hatten fortan ein neues Lieblingswort: „KeeF“, was so viel heissen soll wie „Kriterien für energieeffiziente Fahrzeuge“. Später kam noch das Kunstwort „Umweltbelastungspunkte“ (UBP) dazu.

Obwohl erste Kontakte mit den Betroffenen – darunter auch auto-schweiz und natürlich die Strassenverkehrsämter – massive Ablehnung zeigten, liess das Departement Leuenberger von der Idee nicht ab und werkelte mit finanziellem und personellem Grossaufwand munter weiter am „Projekt Umweltetikette“. An sich hätte auto-schweiz nichts dagegen gehabt, wenn die bestens eingeführte und bei den Leuten hochakzeptierte Energieetikette mit ihren verschiedenfarbigen Säulen einige zusätzliche Informationen gekriegt hätte, damit die Kantone bei der Festsetzung der Motorfahrzeugsteuern auch Elektroautos usw. richtig einstufen könnten. Und auch Angaben über den CO₂-Ausstoss wären willkommen gewesen – exakt das also, was nun laut Bundesratsentscheid umgesetzt werden soll.

Aber die Verwaltungsmaschinerie gab sich mit solcher Pragmatik nicht zufrieden und setzte trotz verheerendem Vernehmlassungsergebnis auf das volle grüne Programm, offenbar in der Überzeugung, dem sendungsbewussten Departementsvorsteher, Bundesrat Moritz Leuenberger, damit eine Freude zu bereiten bzw. ihm das schuldig zu sein. Die zahlreichen, fundierten Einwände, einer mit „KeeF“ und „UBP“ überladenen Umweltetikette fehle es zwangsläufig an Transparenz, und das neue Produkt sei an der Verkaufsfrent nicht erklärbar, wurden wider besseres Wissen einfach unter den Teppich gekehrt.

Interessanterweise schlug sich neben unserem bewährten Partner TCS sogar der grüne Verkehrsclub VCS (stellvertretend für die anderen Umweltorganisationen) in dieser Sache auf unsere Seite – wenn auch nicht aus den gleichen Gründen. Diese ungewöhnlich breite politische Front hätte die Verantwortlichen im UVEK eigentlich stutzig machen sollen. Aber wo keine Antennen für die

wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung sind, da kann man auch nicht auf guten Empfang hoffen.

Dass das Resultat einer schallenden Ohrfeige für das Umweltdepartement gleichkommt, ist die eine Sache. Eine andere ist die, dass einmal mehr Unsummen (im Klartext: Steuergelder) für ein ebenso abstruses wie unnötiges grünes Projekt zum Fenster hinausgeschmissen worden sind. Es wäre verdienstvoll, wenn eine Parlamentarierin oder ein Parlamentarier in der Fragestunde genaue Angaben über die angefallenen Kosten verlangen würde.

Zum Glück für die Sache hat der Umweltminister noch sechs Kolleginnen und Kollegen, die quasi im letzten Moment noch korrigierend eingriffen.

Die behördliche Information finden Sie [hier](#).

[Zum Seitenanfang](#)